

verändern muss, dass sich die Arbeitsverhältnisse für die Eltern verändern müssen, damit es eben nicht notwendig ist, dass Kinder über Nacht in einer Kita bleiben. Das sind die Schmerzen, die wir dabei haben.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Genau richtig! – Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von Armin Laschet [CDU])

Wir sind mit dem Projekt „Kein Kind zurücklassen!“ in diesem Land ein erhebliches Wagnis eingegangen. Das wird mir heute deutlich; denn hier im Landtag entsteht ja fast der Eindruck, dass, wenn man solch ein Projekt auflegt, bei dem 18 Modellkommunen unterstützt werden, mit dem Erscheinen des Evaluationsberichts alles vorbei und damit die Kinderarmut bekämpft wäre.

Das Gegenteil ist doch der Fall. Das Projekt ist so angelegt, dass unsere Partnerinnen und Partner, die wir zur Bekämpfung von Kinderarmut sowie zur Vorbeugung dagegen brauchen, nämlich die Kommunen, unterschiedliche Wege für sich ausprobieren können, um im sogenannten Roll-out-Verfahren zu überlegen, welche Kommune welchen Ansatz wählt.

Das Wagnis besteht darin, dass wir uns heute nicht einfach hinstellen und sagen können: „Schalter umgelegt, alles wird gut“, sondern dass wir uns eingestehen müssen: Es gibt unterschiedliche Wege und unterschiedliche Möglichkeiten, Kinderarmut zu bekämpfen. Deshalb glaube ich, dass man hier nicht so kurz springen sollte.

Herr Hafke, das ist doch sogar unter Ihrem Niveau für Sie als Fachpolitiker. Es kann doch nicht wahr sein, dass Sie hier hinstellen und einfach sagen: Es ist doch nichts passiert; wir haben noch nichts erreicht. – Herr Hafke, das ist doch wirklich ein bisschen wenig. Sie wissen ganz genau, wie dieses Projekt angelegt ist. Sie haben sogar zwischendurch in einem Nebensatz gesagt, das Projekt sei eigentlich ganz gut. Und heute sagen Sie: Da wurde ja nichts erreicht, wie die Gutachten zeigen.

So armselig kann man doch wirklich nicht diskutieren – ganz im Ernst!

(Beifall von der SPD)

Projekte wie KeKiZ, aber auch Mo.Ki – Monheim für Kinder, ein Projekt, das ich immer wieder nennen will – leben davon, dass sie zur Bekämpfung von Armut ganz früh ansetzen, am Ende aber zu Regelangeboten werden, und zwar für alle Kinder. Denn es kann auch nicht sein, dass wir einzelne Projekte für Kinder in Armutssituationen auflegen und damit, weil man das Gute will, die Kinder letzten Endes zusätzlich stigmatisieren.

Wir waren wir uns immer darüber im Klaren: Vorbeugende Sozialpolitik wirkt auf der Strecke. Deshalb finde ich die heutige Debatte auf der einen Seite ganz

interessant, weil sie gezeigt hat, wie unterschiedlich die Ausgangsdiskussionspunkte der einzelnen Fraktionen hier sind. Aber auf der anderen Seite bedeutet eine vorbeugende Sozialpolitik Langfristigkeit und einen langen Atem sowie das Vertrauen in die Menschen, dass sie tatsächlich gemeinsam mit der Politik an ihrer Lebenssituation etwas verändern wollen.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Ihre Redezeit.

Britta Altenkamp (SPD): Ich komme zum Schluss. – Dieses haben hier bei Weitem nicht alle. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Kollegin Altenkamp. – Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor, und ich schließe die Aktuelle Stunde.

Ich rufe auf:

2 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2016 (Nachtragshaushaltsgesetz 2016)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/11250

erste Lesung

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die Landesregierung Herrn Minister Dr. Walter-Borjans das Wort.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich lege Ihnen heute einen Nachtrag zum Haushalt des Jahres 2016 vor, der eine Folge der Ereignisse in der Silvesternacht in Köln und in anderen Städten des Landes ist. Die Ministerpräsidentin hat unmittelbar nach den Ereignissen schon am 14. Januar 2016 hier im Landtag einen 15-Punkte-Plan zur Stärkung der inneren Sicherheit und zur besseren Integration vor Ort angekündigt. Das bildet sich jetzt in Positionen ab, die unserem Haushaltsgesetz 2016 in einem Nachtrag hinzuzufügen sind.

Wir reden von insgesamt 42,6 Millionen € und rund 61,9 Millionen € Verpflichtungsermächtigungen, mit denen wir 796 Stellen und vier zusätzliche Einstellungsermächtigungen schaffen wollen.

Außerdem haben wir in diesen Nachtrag – das ist das Einzige, was sich nicht unmittelbar auf die 15

Punkte konzentriert – Mehrausgaben für den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss „Silvesternacht 2015“ und für die Eingangssicherung am Landtagsgebäude aufgenommen. Die Eingangssicherung ist ein Provisorium, das wieder auf einen neuen, sicheren Stand zu bringen ist.

Die Mehrausgaben von insgesamt 46,9 Millionen € sollen komplett durch Einsparungen im laufenden Haushaltsverzug aufgefangen werden. Damit wird sich die Nettoneuverschuldung in Höhe von 1,83 Milliarden € nicht verändern.

Die wesentlichen Punkte zur Umsetzung dieses Maßnahmenpakets noch einmal in Kürze:

Es geht einmal um den Block für die Stärkung der inneren Sicherheit. Das bedeutet: verstärkte Präsenz der Polizei auf der Straße. Zur Überbrückung des Zeitraums, bis zu dem sich die insgesamt 860 zusätzlichen Einstellungsermächtigungen für Kommisarierinnen und -anwärter in den Jahren 2015 bis 2017 umsetzen lassen, sollen möglichst schnell 500 zusätzliche Polizisten zur operativen Aufgabewahrnehmung an Kriminalitätsbrennpunkten eingesetzt werden.

Zum Zweiten werden wir uns weiter verstärkt daran beteiligen, mehr Ordnung in die Asylverfahren zu bringen, und zwar gemeinsam mit dem Bund. Hier geht es darum, zukünftig auch die Kommunen bei dem steigenden Rückführungsaufkommen stärker zu unterstützen. Deswegen wird bei der Zentralen Ausländerbehörde Bielefeld eine zentrale Rückkehrkoordination eingerichtet. Hier gibt es – ebenso wie bei den insgesamt drei Zentralen Ausländerbehörden – eine personelle und eine sächliche Ausstattung in Höhe von insgesamt 1,2 Millionen €.

Wir sorgen zudem für eine konsequente und effektive Strafverfolgung. Deswegen ist in diesem Nachtrag zugesagt, die Justiz rasch und nachhaltig zu verstärken. Mit dem Nachtragshaushalt werden 100 zusätzliche Planstellen für Richterinnen und Richter und weitere 100 zusätzliche Planstellen für Staatsanwältinnen und Staatsanwälte geschaffen.

Vor allem aber wollen wir die Integration vor Ort stärken. Als erstes und bisher einziges Bundesland investiert Nordrhein-Westfalen erhebliche Mittel, um zunächst 3.600 zusätzliche Plätze in Basissprachkursen zu den Angeboten des Bundes zu schaffen. Dazu kommen weitere Mittel im Wissenschaftsetat und im Weiterbildungsbereich, um auch Dozenten und Institutionen zu stärken und zu unterstützen, die für diese Sprachkurse notwendig sind.

Ich finde es gut, dass schon in den ersten Äußerungen vonseiten der Opposition deutlich gemacht worden ist, dass wir diesen bewusst herausgelösten Teil, der sich nur mit den 15 Punkten beschäftigt, jetzt schnell auf die Straße bringen wollen. Das ist ein wichtiges Signal.

Ich bin etwas enttäuscht, wenn das sofort mit einer Begleitmusik nach dem Muster verbunden wird, hier sei in den vergangenen Jahren nicht die richtige Vorsorge getroffen worden, um die absehbaren weiteren Herausforderungen, vor denen wir stehen, abzubilden.

Ich sage es noch mal – die heutige Debatte hat es ja gezeigt –: Wer hier sagt, dass etwa die Verschuldung des Landes immer größer geworden sei und dass man mit Prävention, ohne zu wissen wofür, gehandelt und Mittel zur Verfügung gestellt habe, hat offenbar nicht mehr die Kenntnis darüber, dass wir 2010 mit einer Verschuldung in Höhe von 6,6 Milliarden € angefangen haben und jetzt bei einem Stand von 1,8 Milliarden € sind.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Er hat offenbar auch nicht die Kenntnis darüber, dass im Haushalt 2016 für Flüchtlinge 4 Milliarden € vorgesehen sind – 3 Milliarden € mehr als ursprünglich geplant –, dass aber die Kreditaufnahme nur um 300 Millionen € angehoben werden musste. Was anderes haben wir denn gemacht, als Vorsorge in dem Rahmen zu treffen, in dem es überhaupt möglich ist?

Wer sich jetzt hinstellt und sagt, er hätte in den vergangenen Jahren noch mehr Ideen gehabt, der muss jetzt – nachdem er zum Verfassungsgericht ging und Rücklagen und Rückstellungen verbieten ließ – erst einmal erklären, wie er das Ganze denn gespeichert hätte, um es heute zur Anwendung zu bringen. – Das ist das eine.

Das Zweite ist die Frage, ob der einzige wirklich greifbare Vorschlag, der in den letzten Jahren gemacht worden ist – nämlich Studiengebühren wieder einzuführen oder Kindergärten wieder beitragspflichtig zu machen –, möglicherweise dazu geführt hätte, dass dies zur Finanzierung der Herausforderungen gereicht hätte, die wir jetzt vor der Brust haben.

Ich sage nur noch eines: Das wird mit Sicherheit nicht die letzte Herausforderung in diesem Jahr 2016 sein. Es geht jetzt nur darum, für diese 15 Punkte einen Nachtrag einzubringen. Und nur, damit keine falsche Tonlage entsteht: Es ist absehbar, wie teuer und groß die Herausforderung ist, vor der wir – und zwar nicht nur in Nordrhein-Westfalen – stehen.

Das ist auch der Grund, warum ich zusammen mit einem Kollegen aus einem Land, das Sie ansonsten immer als Modellbeispiel nennen, gemeinsam an den Bund geschrieben habe, um deutlich zu machen: Das ist etwas, bei dem wir alle gefordert sind. Und wir brauchen an dieser Stelle die Verantwortung des Bundes.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wer uns erzählt, dass immer die anderen bezahlen sollen, der muss sich noch einmal daran erinnern lassen, wer denn für die Bewältigung internationaler

Konflikte in diesem Land die finanzielle Zuständigkeit hat. Es kann nicht sein, dass am Ende die Kämmerer von Kommunen und die Minister der Länder die Vorsorge dafür treffen müssen, wenn auf der oberen Ebene eingeladen wird. Dort wird hin und wieder auch ein Zickzackkurs gefahren. Jedenfalls liegt dort die Zuständigkeit für die Flüchtlingspolitik.

In den nächsten Monaten werden wir uns in Bezug auf folgende Fragen ein Bild machen müssen: Wie groß ist die Zahl derer, die bei uns Zuflucht suchen und wirklich bleiben können? Wie hoch sind die Kosten für jeden einzelnen, der kommt und bleiben kann? Wie hoch ist die Kostenbeteiligung des Bundes, der hierfür die finanzielle Verantwortung trägt? Und wie sieht die Steuerschätzung aus? Was kommt an Einnahmen herein?

In diesem Zusammenhang möchte ich auch noch einmal daran erinnern, dass, wenn die Länder nach jetzigem Stand für dieses Jahr voraussichtlich 20 Milliarden € bis 25 Milliarden € aufzubringen haben, mit diesem Geld auch die Konjunktur angekurbelt wird. Denn das Geld, das die Flüchtlinge bekommen, werden sie nicht in einem Kuvert nach Hause schicken. Vielmehr geht dieses Geld auch auf das Gehaltskonto von Lehrerinnen und Lehrern, Polizistinnen und Polizisten, Juristinnen und Juristen sowie von vielen anderen, zum Beispiel Einrichtungen. Es führt dazu, dass es auch Steuerrückflüsse geben wird.

Die Beteiligung des Bundes entspricht bislang in etwa der Höhe der Steuerrückflüsse, mit der er rechnen kann. Mit anderen Worten: Das ist für ihn ein Nullsummenspiel. Für Länder und Gemeinden aber ist es nicht mehr als eine Krume, die für das gegeben wird, was sie bislang für etwas aufgewandt haben, das nicht von ihnen verursacht wurde und für das der Bund Mitleistungen zu erbringen hat. Diese Debatte werden wir noch zu führen haben. Jetzt aber geht es um die 15 Punkte. Und dafür bitte ich um Ihre Zustimmung in den Beratungen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister. Die Landesregierung hat ihre Redezeit deutlich – um 3 Minuten und 28 Sekunden – überzogen. Wenn die Landesregierung mehr Redezeit braucht, kann man das in Zukunft vielleicht berücksichtigen, wenn wir in der Ältestenratssitzung unsere Tagesordnung festsetzen. Dann können sich die Fraktionen auch schon im Vorfeld entsprechend darauf einstellen. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass jetzt natürlich auch den anderen Fraktionen 3 Minuten und 28 Sekunden zur Verfügung stehen. – Für die SPD-Fraktion spricht der Kollege Zimkeit.

Stefan Zimkeit (SPD): Angesichts des langen, aber überzeugenden Vortrags des Finanzministers kön-

nen sich die Fraktionen ja vielleicht auch kürzer fassen. Da ich aber nicht glaube, dass gleich alle Kolleginnen und Kollegen überzeugt sein werden, ...

(Beifall von der SPD – Zurufe von der CDU – Ralf Witzel [FDP]: Geben Sie Ihr Mandat zurück, wenn Sie nicht arbeiten wollen!)

– Also Herr Witzel, ich zitiere Ihre Bemerkung jetzt einmal: Geben Sie Ihr Mandat zurück, wenn Sie nicht arbeiten können. – Das ist angesichts dessen, ...

(Ralf Witzel [FDP]: Wollen!)

Oder wollen! – Das ist eine unerträgliche Frechheit. Erstens. Sie kommen zu spät zur Debatte und plustern sich hier dann so auf. Zweitens. Wenn man Ihre Arbeitsleistung hier so verfolgt, könnte man Ihnen auch sagen: Sie haben nicht das Recht, hier die Arbeitsweise und die Beiträge von Kolleginnen und Kollegen so herabzuwürdigen. Sie ganz bestimmt nicht!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir leisten hier nämlich unsere Beiträge; darauf können Sie sich verlassen. Wir leisten sie dadurch, dass wir das Vorgehen der Landesregierung in dieser Frage ausdrücklich unterstützen. Wir waren uns hier in diesem Haus einmal alle einig, dass wir eine schnelle Reaktion auf die schrecklichen Vorgänge in der Silvesternacht haben wollen.

Die Landesregierung hat auch sehr schnell reagiert und ein 15-Punkte-Programm auf den Weg gebracht, um die Situation zu verbessern. Dieses 15-Punkte-Programm wird jetzt durch diesen Nachtragshaushalt umgesetzt. Es ist auch notwendig, diese 15 Punkte mit einem Nachtragshaushalt umzusetzen, weil unter anderem etliche neue Stellen geschaffen werden und dies auf keinem anderen Weg geht. Insofern unterstützen wir dieses Vorgehen ausdrücklich.

Dabei werden aus unserer Sicht die richtigen Schwerpunkte gewählt.

Der allerwichtigste Schwerpunkt aus meiner bzw. unserer Sicht ist die Schaffung der Anlaufstelle für die Opfer der Silvesternacht; denn ich glaube, wir müssen in den Debatten über die Silvesternacht bei allen politischen Auseinandersetzungen und bei allen Nachforschungen in Bezug auf das, was beim Bund oder beim Land möglicherweise falsch gelaufen ist, insbesondere die Opfer stärker in den Mittelpunkt stellen. Das ist die Arbeit, die für uns wichtig ist, Herr Witzel. Wenn Sie das für überflüssig halten, zeigt das nur, wes Geistes Kind Sie sind.

Der nächste Punkt: Wir halten es für wichtig und notwendig, mehr Polizei auf die Straße zu bringen. Wir haben schon jetzt die höchsten Einstellungszahlen für die Polizei. Es gibt eine höhere Zahl von Polizistinnen und Polizistinnen auf der Straße, als wir sie seit vielen Jahren – seit 2005 – gehabt haben. Das stocken wir jetzt noch einmal auf.

Dies ist die richtige Vorgehensweise; das ist ein Vorgehen, das sich von dem der Oppositionsfraktionen unterscheidet. Die CDU-Fraktion hat ja aus der Opposition heraus noch die Streichung von Polizeistellen beantragt. Das ist der falsche Weg. Wir gehen sehr bewusst einen anderen.

Ich zitiere in diesem Zusammenhang gerne den Vorsitzenden der GdP Nordrhein-Westfalen, der zu diesem Nachtragshaushalt gesagt hat: Dies ist ein wichtiges und positives Signal für die innere Sicherheit. – Das ist richtig, und das sehen wir als Fraktion genauso.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Frage nach einem beschleunigten Asylverfahren, der Ordnung dieses Verfahrens und der klaren Abläufe. Wir schaffen neue Stellen, um das Ganze entsprechend auf den Weg zu bringen.

(Vereinzelt Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Aber das können wir nicht alleine. Das können wir nur, wenn endlich der Bund handelt. Wir führen breite Diskussionen über Flüchtlinge aus den Maghreb-Staaten und die Frage, wie lange sie hierbleiben und wie die Asylverfahren ablaufen sollen. Aber es kann doch nicht sein, dass Menschen, die aus diesen Staaten kommen, ein halbes Jahr warten müssen, bis sie überhaupt einen Antrag stellen können, und dann noch einmal über ein Jahr, bis dieser Antrag beschieden wird.

(Daniel Sieveke [CDU]: Das stimmt nicht!)

Das ist unzumutbar für die Betroffenen und auch für die Kommunen, die in erster Linie die Kosten zu tragen haben. Darüber hinaus kann und darf es nicht sein, dass sich der Bund nach fünf Monaten Finanzierung aus der Verantwortung zieht, es aber nicht schafft, die vorliegenden Asylanträge zu bearbeiten. Wir in Nordrhein-Westfalen werden unseren Anteil dazu beitragen, dies schnell abzuwickeln.

Heute wird ein Nachtragshaushalt vorgelegt, der die richtigen Schwerpunkte setzt. Wir als Landtag sollten diesen positiv begleiten und eine schnellstmögliche Umsetzung gerade im Hinblick auf die innere Sicherheit ermöglichen.

Die SPD-Fraktion unterstützt diesen Gesetzentwurf ausdrücklich. Wir können die Oppositionsfraktionen nur auffordern, hier zusammen mit uns vorzugehen und ein gemeinsames Signal für mehr innere Sicherheit, für eine bessere Betreuung der Opfer und für eine stärker geordnete Absetzung der Asylverfahren in Nordrhein-Westfalen zu senden. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Zimkeit. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Dr. Optendrenk.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer! Vor zwei Monaten hat der Landtag den Haushalt 2016 mit einem Haushaltsvolumen von immerhin fast 70 Milliarden € verabschiedet. Noch bevor die gedruckte Fassung dieses Haushaltes vorliegt, beschließt das Kabinett schon den ersten Nachtragshaushalt. Herr Minister, Ihre Haushalte haben ein kürzeres Haltbarkeitsdatum als ein Fruchtojoghurt.

(Beifall von der CDU)

Das ist das Gegenteil von vorausschauender Haushaltsplanung durch den Finanzminister. Das ist das Gegenteil von seriöser Finanzpolitik.

Nachdem Sie bereits 2015 den deutschen Rekord geschafft haben – nämlich vier Nachtragshaushalte –, wollen Sie offenbar auch in diesem Jahr Quartalshaushalte machen, um Ihre Unzulänglichkeiten in der Haushaltsaufstellung und Haushaltsdurchführung zu kaschieren.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Herr Finanzminister, man könnte schon auf die Idee kommen, dass einige der Herausforderungen, die Sie eben benannt haben – unter anderem auch in der Flüchtlingspolitik –, nicht ganz neu sind. Die waren uns bereits bei den Haushaltsberatungen im September, Oktober, November und Dezember 2015 bekannt. Die Zahlen haben sich seitdem auch nicht wesentlich verschoben.

Trotzdem erklären Sie uns hier durch die Blume, dass neben dem isolierten 15-Punkte-Plan, den Sie jetzt eingebracht haben – für die innere Sicherheit, als Ergebnis der Silvesternacht –, wir eigentlich auch damit rechnen müssten, dass nach der Mai-Steuerschätzung der nächste Nachtrag kommt, wenn Ihnen schließlich angesichts der Flüchtlingskosten sozusagen die Hose zu eng wird. Das ist unseriös, Herr Minister!

Die CDU-Fraktion hat bei der Debatte zum Haushalt 2016 die Landesregierung aufgefordert, endlich Prioritäten zu setzen, anstatt alles Mögliche machen zu wollen. Zwei große Aufgaben für 2016 haben wir benannt: innere Sicherheit und Integration.

Es spricht für diese rot-grüne Regierung, dass sie seit 2010 immer wieder erst durch äußere Ereignisse auf Fakten hingewiesen werden musste, dass sie erst einmal vor etwas erschrecken musste, was eigentlich leider nur eine Frage der Zeit war, nämlich: Wann entsteht die Situation, dass man mit der Art

und Weise, wie in den letzten Jahren die innere Sicherheit in Nordrhein-Westfalen organisiert wurde, große Probleme bekommt?

Dass es zu den Vorfällen auf der Domplatte kommen würde, das wusste keiner. Aber dass die innere Sicherheit Nordrhein-Westfalens in einem schlechten Zustand war, der Innenminister stattdessen aber lieber Blitzmarathons machen wollte, das wusste jeder, der es wissen wollte. Sie sind eine PR-Regierung und keine Regierung, die handelt!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Nachdem Sie den Nachtragshaushalt per Eilboten in den Landtag gebracht haben, weil Sie es erst in letzter Sekunde geschafft haben, die Fristen einzuhalten, um heute im Plenum darüber beraten zu können, obwohl Sie nach der Ankündigung der Ministerpräsidentin dafür sechs Wochen Zeit hatten, kann man nur feststellen: Auch hier haben Abtauchen, unseriöses Arbeiten und schließlich das Stricken mit der heißen Nadel System.

Ich will das den staunenden Besuchern einmal erzählen: Sie hatten sechs Wochen Zeit, ein 15-Punkte-Programm – das man sehr deutlich beziffern kann, wenn man das will – in Ihrem Kabinett zu beraten, nachdem die Ministerpräsidentin dies hier verkündet hat. Und dann schaffen Sie es nicht, eine gedruckte Fassung vorzulegen, sondern machen noch in der Kabinettsitzung handschriftlich Zahlendreher. Da steht dann noch nicht einmal eine Paraphe dran, um zu erkennen, wer es gemacht hat. Das ist Handwerk, so wie wir es von Ihnen kennen.

Und dann erklärt der Finanzminister zusammen mit dem Justizminister der staunenden Öffentlichkeit, 47 Millionen € seien das größte Paket für innere Sicherheit in Deutschland. Herr Minister, wenn Sie das selbst glauben, dann mag das für Sie ja so sein, aber es ist eigentlich der größte Witz der Weltgeschichte, wenn Sie hier erklären, 47 Millionen € seien das größte Sicherheitspaket in Deutschland.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Wir haben hier im Landtag von Nordrhein-Westfalen bei Charlie Hebdo mehr gemacht!

Sie machen weiter Stückwerk. Irgendwann müssen Sie sich auch mal entscheiden, ob Sie der Meinung sind, dass die Ereignisse in Köln alleine mit dem abgesetzten Polizeipräsidenten zu tun haben, oder ob es strukturelle Probleme bei der inneren Sicherheit in Nordrhein-Westfalen gibt. Das eine oder das andere ist richtig, nicht beides. Wenn der eine schuld war, dann brauchen Sie keinen 15-Punkte-Plan, und wenn der nicht alleine schuld war, dann sagen Sie das auch einmal öffentlich. Der Innenminister verkauft es jedenfalls immer noch anders.

Die innere Sicherheit in Nordrhein-Westfalen ist nur ein Thema. Das andere Thema ist die Tatsache, dass Sie die 350 Millionen €, die nach dem von Ihnen eingebrachten Flüchtlingsaufnahmegesetz etatreif sind, weil sie durch das Kabinett sind, nicht in diesen Nachtragshaushalt hineinbringen. Sie haben nämlich keine Gegenfinanzierung, weil Ihre fallende Linie der Neuverschuldung schon jetzt kaputt wäre – zwei Monate, nachdem der Haushalt verabschiedet worden ist. Herr Minister, Sie leben von der Hand in den Mund, und das wissen Sie ganz genau.

(Beifall von der CDU)

Rot-Grün wählt mal wieder den einfachen Weg, Herr Zimkeit eben auch: Wir schimpfen auf den Bund. Wir schimpfen wahlweise auch auf andere – mal ist Sachsen schuld, mal ein anderer. Jedenfalls ist immer irgendein anderer schuld. Immer sind äußere Ereignisse schuld. Nie liegt es an Ihnen. Man hat immer das Gefühl: Eigentlich regiert diese Regierung gar nicht, sie kommuniziert nur und findet immer einen Schuldigen. Das ist eine ganz tolle Regierung. Die ist unglaublich handlungsfähig. – Das war Ironie.

Vielleicht beantworten Sie nachher noch die Frage, wie viele Nachtragshaushalte Sie denn dieses Jahr vorhaben. Wollen Sie das Parlament, das hier eigentlich einen jährlichen Haushalt aufstellen soll, viermal im Jahr mit einem Haushalt belämmern? Machen Sie doch eine vorausschauende Haushaltsplanung! Wenn Sie jetzt im Aufstellungsverfahren für 2017 sind, dann versuchen Sie doch einmal, wenigstens den Haushalt so aufzustellen, dass er vielleicht ein Jahr hält. Vielleicht hält er auch nur ein halbes Jahr nach dem Regierungswechsel. Aber immerhin, Sie sollten es versuchen.

(Beifall von der CDU)

Diese Landesregierung – das ist das Fazit – präsentiert mit diesem ersten Nachtragshaushalt 2016 erneut haushaltspolitischen Fastfood: Der kostet viel, hält nicht lange vor und enthält wenig Vitamine. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Optendrenk. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Herr Kollege Abel.

Martin-Sebastian Abel (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Als wir vor knapp sechs Wochen hier im Landtag über die Ereignisse der Kölner Silvesternacht debattierten, standen wir noch unter dem Eindruck der Bilder und Berichte, die uns ein in Deutschland nicht gekanntes Ausmaß der Taten offenbarten. Sie waren erschreckend. Sie haben das Sicherheitsgefühl vieler Menschen erschüttert, und man muss ehrlich sagen, dass die Verunsicherung bei vielen andauert.

Meine Damen und Herren, Verunsicherung darf nicht zu einer Vertrauenskrise führen. Wir können für die absolute Sicherheit nicht garantieren, aber wir wollen und wir haben einen starken Rechtsstaat, der Stärke zeigen muss, wo es notwendig ist, denn nur so können die Schwächsten unserer Gesellschaft geschützt werden.

Wir haben im Januar-Plenum auf die Ereignisse mit einem 15-Punkte-Plan reagiert, der nun mit dem Nachtrag fiskalisch hinterlegt wird. Sechs Wochen nach Einbringung und detaillierter Arbeit wollen wir über 700, fast 800 neue Stellen und zusätzliche Sachmittel investieren.

Als Erstes möchte ich den Schutz und die Unterstützung von Opfern sexueller Gewalt nennen. Diese Maßnahmen werden wir jetzt weiter verstärken. Für die Opfer der Übergriffe in Köln wurde eine zentrale Anlaufstelle eingerichtet, damit sie dort die dringend notwendige Betreuung erhalten können.

Uns geht es darum, den Opfern bestmöglich zu helfen, Opferschutz zu stärken, das Netz an Beratung auszubauen. Das tun wir nicht erst seit Köln, was auch auf viele andere Maßnahmen zutrifft, aber jetzt noch einmal mit zusätzlichem Geld und zusätzlichen Stellen.

Herr Kollege Dr. Optendrenk, Sie haben eben ausgeführt, dass die Haltbarkeit der Haushalte des Finanzministers, der Landesregierung kürzer sei als die eines Fruchtjogurts. Herr Kollege, wenn Sie sich einmal darüber klar werden, was die Konsequenz Ihrer Aussage ist: Hätten wir denn in den vergangenen Monaten bei den steigenden Flüchtlingszahlen, bei neuen Einigungen auf Bundesebene nicht nachsteuern sollen? Hätten wir nicht zusätzliche Stellen bei der Polizei schaffen sollen? Hätten wir nicht über 5.000 Lehrerinnen- und Lehrerstellen schaffen sollen?

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Das sind alles Leistungen, die wir mit einem Nachtrag nachgesteuert haben. Es ist absurd, wenn man Ihre Kritik zu Ende denkt.

Meine Damen und Herren, die Täter sollen schnell bestraft werden. Die Strafe muss der Tat auf dem Fuße folgen. Deswegen wird es personelle Verstärkungen innerhalb der Staatsanwaltschaften geben – 200 zusätzliche Stellen, Staatsanwältinnen und Richter. Das ist ein Kraftakt für den Haushalt, ja. Es ist aber vor allem ein starkes Bekenntnis zum Rechtsstaat – so hat der Richterbund seine Presseerklärung zu diesem Nachtrag überschrieben. Ich finde, das ist die richtige Bewertung dieser zusätzlichen Stellen.

(Hendrik Schmitz [CDU]: Sagen Sie was zur Videoüberwachung!)

– Dazu komme ich gleich noch, Herr Kollege, immer Geduld. Ich habe ja dank des Finanzministers noch ein paar Minuten.

Wir werden die Präsenz der Polizei auf der Straße verstärken. Dafür wollen wir möglichst schnell 500 Polizistinnen und Polizisten zusätzlich an den Kriminalitätsbrennpunkten einsetzen. Wir haben hier, meine Damen und Herren von der Opposition, in den letzten Jahren 8.000 zusätzliche Stellen bei der Polizei geschaffen.

(Daniel Sieveke [CDU]: Wie viele Stellen?)

– 8.000 zusätzliche Stellen, Herr Kollege Sieveke. Sie sollten das als Vorsitzender des Innenausschusses eigentlich wissen: 8.000 zusätzliche Stellen – das sind exakt doppelt so viel wie in der ganzen Zeit 2005 bis 2010, exakt doppelt so viele Einstellungen bei der Polizei. Wir haben jetzt mit 1.920 Anwärterinnen und Anwärtern die höchste Zahl in der Geschichte dieses Landes, meine Damen und Herren. Auch hier verschließen wir uns nicht.

(Hendrik Schmitz [CDU]: Wie viele sind denn in Pension gegangen?)

– Wie viele in Pension gegangen sind? Sie geben mir gute Stichworte, Herr Kollege Schmitz. Ich bin Ihnen sehr dankbar dafür. – Wir sind in der Tat das einzige Bundesland, das seit 2011 mehr Beamte einstellt, als in den Ruhestand gehen. Wir sind das einzige Bundesland.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Wenn wir uns dann die Bundeszahlen, die bei der Bundespolizei, angucken, dann sieht die Bilanz gerade der Unions-Innenminister, die traditionell dieses Ressort in der Großen Koalition in den letzten Jahren besetzen, negativ aus. 15 andere Bundesländer und der Bund haben gekürzt. Seit 2011 sind wir konstant das einzige Land mit einem positiven Saldo. Wir verschließen uns aber auch in diesem Bereich nicht und wollen zusätzliche Beamtinnen und Beamte auf die Straße bringen.

Zu Ihrem Stichwort, Herr Kollege Schmitz, zur Videobeobachtung: Ja, wir verschließen uns auch diesem nicht. Das ist eine bisher im Polizeigesetz vorgesehene Regelung. Ich habe Altweiber den Polizeieinsatz in Düsseldorf begleitet. Ich habe mir dort auch die Videobeobachtung am Bolker Stern angeguckt. Wir haben hier die Situation, dass wir unter einer Minute – auch bei dichtem Gedränge – Reaktionszeit haben, in der Beamtinnen und Beamte sofort Verstärkung hinschicken können, sodass sofort interveniert werden kann. An Kriminalitätsschwerpunkten, die geprüft werden müssen, wo es klare Voraussetzungen gibt, werden wir uns auch an dieser Stelle nicht verschließen, Herr Kollege.

Für uns bleibt ein zentraler Punkt, die Integration zu stärken. Als erstes und bisher einziges Bundesland

investieren wir in Nordrhein-Westfalen erhebliche Mittel, um 3.600 zusätzliche Plätze in Basissprachkursen zu schaffen. Und die von uns in den letzten Jahren aufgebauten kommunalen Integrationszentren werden die Aufgabe der Wertevermittlung wahrnehmen und koordinieren. Auch funktionierender gesellschaftlicher Zusammenhalt ist Prävention. Auch das gehört zu einem starken Rechtsstaat.

Meine Damen und Herren, es ist ohne Zweifel so: Viele Menschen hat die Silvesternacht aufgeschreckt, viele fühlen sich verunsichert. Dies zu leugnen, grenzt an Realitätsverlust. Wenn wir aber davon reden, dass das Sicherheitsgefühl von Menschen gestört ist, dann dürfen wir die Angst derer nicht vergessen, die mit den Taten der Kölner Silvesternacht nichts zu tun hatten und die sich nun unter Generalverdacht gestellt sehen.

Wir haben als Demokratinnen und Demokraten die Verantwortung, dass Menschen nicht aufgrund ihrer Hautfarbe, ihrer Haarfarbe oder aufgrund anderer Merkmale stigmatisiert, diskriminiert werden, dass Gruppen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Meine Damen und Herren, ich finde es daher unerträglich, dass ein Mitglied der CDU-Bundestagsfraktion genau das versucht, genau versucht, Menschen gegeneinander auszuspielen, mit einem Tweet zu hetzen, mit einer Bildsprache, wie wir sie sonst nur von AfD, Pegida und Co. kennen. Ich fand es, meine Damen und Herren von der Union, bemerkenswert, wie sich Armin Laschet nach Clausnitz positioniert hat. Sie müssen nun deutlich machen, dass in der Fraktion einer großen Volkspartei in diesem Lande rassistische Stimmungsmache keinen Platz hat, egal in welcher Form. Sie haben ein U-Boot von Pegida in Ihren Reihen.

(Hendrik Schmitz [CDU]: Was?)

Stärken Sie die demokratische Kultur. Sagen Sie Herrn Laschet, dass er sein Gewicht dafür einsetzen soll, dass Erika Steinbach Konsequenzen spürt,

(Daniel Sieveke [CDU]: Wir sind hier in Nordrhein-Westfalen!)

dass sie von den Ämtern enthoben wird. Das wäre konsequent. Wir dürfen eins nicht zulassen:

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Wir dürfen nicht zulassen, dass es als normal gilt, dass auf diese rassistische Hetze keine Konsequenzen folgen. Es kann nicht sein, dass es in diesem Land ohne Konsequenzen bleiben soll, wenn die menschenrechtspolitische Sprecherin in der Art und Weise hetzt, wie sie es getan hat. Reden Sie mit Herrn Laschet, er hat hier Verantwortung.

Präsidentin Carina Gödecke: Ihre Redezeit.

Martin-Sebastian Abel (GRÜNE): Sie sind der größte Landesverband. Sie haben die größte Landesgruppe im Bundestag. Sorgen Sie dafür, dass es Konsequenzen hat im Sinne der demokratischen Kultur und damit auch im Sinne von uns allen!

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Abel. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Wedel.

Dirk Wedel (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der erste Nachtragshaushalt für das Jahr 2016 liegt vor. Dies sind wir mittlerweile gewohnt. Letztes Jahr waren es ja bekanntlich vier Nachträge. Aber die Silvesternacht war eine Zäsur, und die Stärkung von Polizei, Justiz, Opferschutz und Integration ist auch richtig und wichtig. Sie war aber schon überfällig und wurde von uns bereits gefordert, als das Kind noch nicht in den Brunnen gefallen war.

Zunächst zum Haushalterischen. Wer einen Blick in die Haushaltsübersicht wirft, wird sich wundern: Gesamtausgaben und -einnahmen bleiben unverändert. Der Nachtragshaushalt täuscht schlicht über die finanzielle Realität in Nordrhein-Westfalen hinweg. Die knapp 50 Millionen € sind gerade nicht durch strukturelle Einsparungen gegenfinanziert. Diese Ausgaben werden durch die Erhöhung der globalen Minderausgaben einmalig erbracht. Hauptsächlich strukturellen Mehrausgaben stehen einmalige Minderausgaben gegenüber. Es erfolgt kein Herunterbrechen auf die einzelnen Kapitel und Titel.

Dabei würde allein schon eine große Position – der Finanzminister hat darüber im Haushalts- und Finanzausschuss berichtet: nämlich zum Beispiel die Auslagen in Rechtssachen, bei denen im letzten Jahr 32 Millionen € mehr veranschlagt waren, als letztlich ausgegeben wurden – ausreichen, um dort mehr als die Hälfte dessen herauszuberechnen, was Sie hier an der Stelle in den Nachtragshaushalt hineingeschrieben haben.

Meine Damen und Herren, mehr Richter und Staatsanwälte: Da haben Sie die FDP voll an Ihrer Seite. Das hatten wir ja schon für den Haushalt 2016 gefordert, insbesondere zur Verfahrensbeschleunigung. Damals wurde es von Ihnen abgelehnt, jetzt haben Sie umgeschwenkt, ohne allerdings die Amtsanwälte als die mit Abstand höchst belastete Laufbahn der Justiz zu bedenken.

(Beifall von der FDP)

Auch unsere Forderung zur Umsetzung des besonders beschleunigten Verfahrens stieß im letzten Jahr bei Rot-Grün noch auf taube Ohren. Nun stehen Sie vor der Problematik, wie Sie überhaupt über 500 ausreichend qualifizierte Juristen gewinnen wollen. Im

Jahr 2015 hatten Sie 301 Stellen für Richter und Staatsanwälte zu besetzen. Nur rund 350 Absolventen haben im Jahr 2015 in NRW ein „vollbefriedigend“ oder einen besseren Abschluss erreicht. Nun kommen 200 Stellen obendrauf, sprich: 2016 gilt es mehr als 500 Stellen zu besetzen. Wie wollen Sie da das gute Niveau halten?

Ähnlich ist es im Polizeibereich. Da sollen es 250 Lebensarbeitszeitverlängerungen richten, sprich Pensionäre. Allerdings belegt der Expertenbericht „Bürger-nahe Polizei“, dass vier Jahre vor dem Ruhestand die vorzeitigen Zurruesetzungen im Polizeibereich sprunghaft ansteigen, nur 50 % die reguläre Altersgrenze von 60 bis 62 Jahren erreichen. Man darf skeptisch sein, wie viele Beamte freiwillig bleiben werden.

Meine Damen und Herren, mehr Polizei auf der Straße und in den Kommissariaten, schnellere Verfahren, bessere Zusammenarbeit von Polizei, Justiz und anderen Behörden – das sind genau die Forderungen der Freien Demokraten schon lange vor der Silvesternacht. Ihre Versäumnisse versuchen Sie jetzt zu heilen: ein überfälliger Richtungswechsel als ein erster Schritt.

Umgerechnet rund 10.000 Polizeikräfte stehen derzeit in Nordrhein-Westfalen für die Wahrnehmung polizeilicher Kernaufgaben gar nicht zur Verfügung. Weitere über 1.000 unbesetzte Stellen entstehen in den Kreispolizeibehörden durch unterjährige Abgänge. 1.500 Stellen drohen in den nächsten Jahren sukzessive wegzufallen. Das alles offenbart und kritisiert Ihre eigene Expertenkommission und gibt konkrete Handlungsvorschläge.

So könnten Sie Hunderte Stellenäquivalente ad hoc im Polizeibereich für mehr Präsenz generieren. Trotzdem bleiben Sie weitgehend untätig. Und Sie verschweigen, wo Beamte für neue Bereitschaftspolizeien und mobile Einsatzkommandos herkommen. Tatsächlich drohen hier dauerhafte Personalverlagerungen zulasten zahlreicher Polizeibehörden insbesondere des ländlichen Raums.

(Beifall von der FDP – Martin-Sebastian Abel [GRÜNE]: Höchste Anwärterzahlen!)

Zurecht setzt schließlich § 15a Polizeigesetz für die Videoüberwachung im öffentlichen Raum enge Grenzen. Mit 5,5 Millionen € könnte man 110 Polizeibeamte zusätzlich bezahlen. Das wäre sicherlich effektiver. Zudem fragt sich natürlich bei § 15a Polizeigesetz – die Voraussetzungen gelten ja nicht erst seit gestern, und es wundert einen schon, dass offensichtlich Kriminalitätsbrennpunkte jetzt vom Himmel fallen –, warum diese Maßnahmen, wenn denn die Voraussetzungen des § 15a Polizeigesetz schon vorgelegen haben, dann nicht in der Vergangenheit bereits durchgeführt wurden.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, nicht nur die Ausgabenplanungen, auch die Einnahmeansätze werfen erhebliche Fragen auf. Der Verlauf der Steuereinnahmen wurde vom Finanzminister im Jahr 2015 falsch eingeschätzt. Bei Lohnsteuer und Umsatzsteuer gab es Mindereinnahmen. Am Ende des Jahres 2015 waren rund 500 Millionen € zu wenig in der Kasse.

Was ich Ihnen vorwerfe: Sie haben diese Lücke nicht im Nachtragshaushalt 2016 berücksichtigt. In Ihrer Vorlage 16/3495 beschreiben Sie es selbst, Herr Finanzminister. Sie weichen von den Erwartungen des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ nach oben ab. Ihre Begründung: Die Istwerte in NRW entwickeln sich so positiv. Das haben die Steuerschätzer nicht gewusst. Deshalb unterstellt die Landesregierung für 2016 einen Basiseffekt von rund 1 Milliarde € mehr.

Heute wissen wir aber: Bereits 2015 wurden die Ansätze nicht erreicht. Somit kann der Basiseffekt insoweit auch nicht in das Haushaltsjahr 2016 fortwirken. Die Basis ist an dieser Stelle weggebrochen. Der Ansatz müsste, wenn man Ihrer Argumentation folgt, Herr Finanzminister, nach unten korrigiert werden. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Wedel. – Für die Piraten spricht jetzt Herr Kollege Schulz.

Dietmar Schulz (PIRATEN): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Heute Morgen habe ich überlegt, ob ich eine Krawatte umbinde. Ich habe das gelassen.

(Zuruf von Dirk Wedel [FDP])

Es ist nämlich kein Festakt, den wir heute bei Einbringung dieses ersten Nachtragshaushalts 2016 erleben.

(Martin Börschel [SPD]: „Schön“ ist relativ!)

– Ich habe eine Menge Krawatten und sehr schöne. Eigentlich hätte ich eine schwarze Krawatte anziehen müssen. Denn die Glaubwürdigkeit dieser Landesregierung wird eigentlich heute zu Grabe getragen, und nicht das erste Mal.

(Martin Börschel [SPD]: Wenn Sie Ihre Garderobe immer dem Tagesordnungspunkt anpassen, dann ist das gut!)

– So ist das, lieber Kollege Börschel.

Folgen der Silvesternacht werden hier als Grund für die Einbringung dieses ersten Nachtragshaushalts 2016 angeführt. Ja, es ist sicherlich wichtig, Hilfe für Opfer zu stärken, aber nicht erst seit diesem Zeitpunkt. Es ist sicher notwendig, die innere Sicherheit im Land Nordrhein-Westfalen zu stärken, aber nicht

erst seit diesem Zeitpunkt. Es ist sicherlich auch notwendig, eine Ordnung in den Asylverfahren herbeizuführen, aber nicht im Vorgriff auf das, was das Asylpaket II, welches wir von den Piraten jedenfalls ablehnen, hier schon an, ich sage mal, Vorboten innerhalb dieses Nachtragshaushalts entfaltet.

(Beifall von den PIRATEN)

Es ist auch sicher wichtig, die Integration vor Ort zu stärken und zu verbessern. So muss ich Sie zitieren, Herr Finanzminister, aus Ihrer Einbringungsrede. Sie sagten eben: Es war absehbar, wie teuer und groß die Herausforderungen in 2016 sind. – Ja, Herr Finanzminister, es war absehbar.

(Zuruf von Martin-Sebastian Abel [GRÜNE])

Es war aber nicht erst absehbar seit der Silvesternacht, sondern es war bereits absehbar zum Zeitpunkt der Aufstellung des Landeshaushalts 2016. Da hätten Sie reagieren bzw. im Vorgriff darauf, was an Herausforderungen auf das Land Nordrhein-Westfalen zukommt, eingreifen müssen, und sicherlich angesichts des Gesamtvolumens des Haushalts 2016 nicht mit einem Brosamen von rund 47 Millionen €.

Das ist nichts mehr als ein Feigenblatt und soll den Menschen im Land vorgaukeln, es würde in Nordrhein-Westfalen etwas zur Stärkung der Sicherheit und inneren Ordnung geschehen wie aber auch am System des Rechtsstaats verbessert. Maßnahmen wie 100 Richterinnen und Richter, 100 Staatsanwältinnen und Staatsanwälte mehr einzustellen, können sicherlich nicht nur eine Folge der Silvesternacht sein. Dafür müsste man überhaupt erst einmal die Täter haben. Aber ich brauche weder 100 Richter noch 100 Staatsanwälte, um diese Täter, derer man dann habhaft werden konnte, zu verurteilen.

(Beifall von den PIRATEN)

Es liegt also auch in diesem Punkt ein Indiz dafür vor, dass der Landeshaushalt 2016 und auch schon vorangegangene Landeshaushalte nicht nur – wie sagten Sie, Herr Kollege Dr. Optendrenk? – auf Kante gestrickt sind, sondern sie sind unzureichend, genauso wie auch dieser Nachtragshaushalt, der nichts weiter ist als ein Feigenblatt, ein Feigenblatt, welches, wie gesagt, den Menschen das Gefühl vermitteln soll, dass hier im Lande Nordrhein-Westfalen seitens dieser Landesregierung etwas unternommen wird.

Aber das Kritikfähige und Negative dieses Landeshaushalts bzw. des Nachtrags überwiegt. Es ist die fiskalische Manifestation des 15-Punkte-Plans – das wurde bereits mehrfach erwähnt – der Landesregierung vom 14. Januar des Jahres. Er ist aber auch darüber hinaus nichts weiter als Law and Order mit pseudo-linksgrünem Anstrich. Es ist ein Angsthaushalt.

(Zuruf von Martin-Sebastian Abel [GRÜNE])

Es ist ein Angsthaushalt und ein Greifen nach dem Strohalm, auf dem steht: Rettet Jäger!

(Stefan Zimkeit [SPD]: Im Haushalt steht das?)

Dieser Nachtragshaushalt wird in die Annalen NRWs als eine der teuersten Imagekampagnen dieser Regierung eingehen.

Ausweitung der Videoüberwachung: Davon ist die Rede, Herr Kollege von den Grünen, Herr Abel. Sie sind darüber hinweggegangen, dass die Landesregierung die Grünen an ihrer Seite weiß insofern, als es notwendig sei, die Videoüberwachung auszuweiten. Für uns Piraten ist es ein absolutes No-Go. Die Bevölkerung wird unter Generalverdacht gestellt, Massenüberwachung wird ausgeweitet, massenhafter Eingriff in die Privatsphäre der Bürger soll an zahlreichen Orten in Nordrhein-Westfalen erfolgen.

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Schulz, Entschuldigung, dass ich Sie unterbreche. Herr Kollege Abel würde Ihnen gern eine Zwischenfrage stellen.

Dietmar Schulz (PIRATEN): Bitte schön, Herr Kollege Abel.

Martin-Sebastian Abel (GRÜNE): Herr Kollege, vielen Dank, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Eigentlich wollte ich Ihren Beitrag nicht verlängern. Aber da Sie auch auf Twitter Falschbehauptungen verbreiten, sage ich das dann auf diesem Wege auch einmal an Ihre Pressestelle: Ich habe mich in meinem Beitrag nicht für Videoüberwachung ausgesprochen. Ich habe von dem konkreten Beispiel der Videoüberwachung am Bolker Stern in Düsseldorf, von der ich – wie ich das ausgeführt habe – mir ein Bild gemacht habe, gesprochen und habe gesagt, dass wir auf der bisherigen rechtlichen Grundlage weitere Standorte prüfen und auch die Mittel dafür bereitgestellt haben.

Sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass, wenn Sie mich so zitieren, wie Sie das eben und auch im Internet getan haben, Sie mich falsch zitieren?

(Dirk Schatz [PIRATEN]: Neusprech!)

Dietmar Schulz (PIRATEN): Lieber Herr Kollege Abel, ich weiß jetzt nicht, welchen Tweet von mir Sie da meinen. Oder meinten Sie den der Pressestelle?

(Martin-Sebastian Abel [GRÜNE]: Ja!)

Ich habe Ihnen wirklich sehr aufmerksam zugehört.

(Martin-Sebastian Abel [GRÜNE]: Toll!)

In der Tat, Herr Kollege Abel, Sie haben insbesondere auf die Überwachungssituation am Bolker Stern in Düsseldorf hingewiesen, weil Sie da einmal, wohl

auch begleitend, dabei waren. Das ist vollkommen richtig.

(Martin-Sebastian Abel [GRÜNE]: „Beobachtung“!)

Sie haben aber hier die allgemeine Aussage getätigt in Bezug auf den ersten Nachtragshaushalt 2016 und der Landesregierung versichert, dass sie die Grünen im Hinblick auf die Videoüberwachung – Sie haben es allerdings auch „Videoüberwachung“ genannt – an ihrer Seite haben.

(Zuruf von Martin-Sebastian Abel [GRÜNE])

Das müssen Sie auch. Denn wenn Sie vonseiten der Grünen dem nicht zustimmen, dann fliegt der Nachtragshaushalt durch. Sie müssen also auch diesen Maßnahmen zustimmen, Herr Kollege Abel. Das sollten Sie bitte einfach einmal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall von den PIRATEN – Marc Olejak [PIRATEN]: So ist es!)

Zudem ist sehr umstritten, was die Wirksamkeit der Videoüberwachung angeht. Bringen Kameras wirklich ein Mehr an Sicherheit? In Köln haben wir gemerkt – dort sind nämlich zahlreiche Kameras auf dem Bahnhofsvorplatz –: Zahlreiche Kameras und weit über tausend Stunden Videoaufzeichnung haben nicht dazu geführt, die Taten der Silvesternacht zu verhindern.

(Zuruf von Martin-Sebastian Abel [GRÜNE])

Das heißt mit anderen Worten: Eine Ausweitung der Videoüberwachung in Nordrhein-Westfalen, insbesondere in den angekündigten Städten wie Bochum, Gelsenkirchen usw. – es wurden zahlreiche Städte aufgeführt; auch die Kölner Ringe sollen zusätzlich überwacht werden –, wird so etwas eben nicht verhindern können.

(Zuruf von Martin-Sebastian Abel [GRÜNE])

Sie von der Landesregierung und den sie tragenden Fraktionen leisten dem europäischen Überwachungsinstrument mit diesem Landeshaushalt indirekt Vorschub, und Sie von den Grünen sind an vorderster Front dabei.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Er hat zumindest eine!)

Wie Sie das Ihrer Basis letztendlich verkaufen wollen, bleibt allein Ihr Rätsel.

(Martin-Sebastian Abel [GRÜNE]: Was ist eigentlich mit Ihrer Basis?)

Ich möchte an dieser Stelle einmal den ehemaligen Widerstand der Grünen gegen Videoüberwachung aufzeigen – ich zitiere –:

„Wir haben uns früh genug dagegen ausgesprochen“, sagte etwa Sait Keles, Grünen-Fraktions Sprecher in Duisburg. Es sei sehr schade, dass die Grünen in der Landesregierung diesen Schritt

trotzdem mitgegangen seien. ‚Wir haben bereits eine breitflächige Überwachung per Kamera‘, so Keles. Das habe eine Zunahme der Kriminalität auch nicht verhindern können.“

Und weiter sagt der Grünen-Fraktionschef von Wuppertal, Marc Schulz: „Mehr Videoüberwachung löst in Wuppertal kein Problem“. – Recht so. Nirgendwo wird ein Problem gelöst, und Sie geben diese Position hier im Landtag vonseiten der Grünen auf. Das wird Ihnen ganz sicher noch übel genommen werden, insbesondere in Ihren Reihen.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Das ist doch Unfug!)

Jeder aufrechte Demokrat und jeder freiheitsliebende Mensch in diesem Land muss sich solchen Pseudosicherheitsambitionen widersetzen, auch hier im Hause, und zwar mit der Inbrunst, die ein Parlamentarier aufzubringen imstande ist.

(Beifall von den PIRATEN)

Allein deshalb werden wir vonseiten der Piraten, unabhängig davon, wie das weitere Beratungsverfahren verläuft, diesen Nachtragshaushalt ganz sicher ablehnen müssen. Das können wir bereits heute in der ersten Lesung sagen. Die Tatsache, dass zaghafte Ansätze gegeben sind, das Asylpaket II umzusetzen – ich hatte es bereits erwähnt –, welches wir Piraten jedenfalls in dieser Form ablehnen, sei nur am Rande erwähnt.

Präsidentin Carina Gödecke: Sie haben jetzt noch eine Minute.

Dietmar Schulz (PIRATEN): Danke schön. – Ich habe den Hinweis bekommen, dass ich noch circa eine Minute Redezeit habe und gedenke mich dementsprechend daran zu halten.

(Minister Rainer Schmeltzer: Wir haben es alle gehört! – Michael Hübner [SPD]: Man muss das nicht ausnutzen!)

– Nur die Ruhe, liebe Kollegen.

(Michael Hübner [SPD]: Wir sind immer ruhig!)

Dieser Nachtragshaushalt bietet noch viele Ansatzpunkte, die wir sicherlich noch im Detail im Ausschuss beraten werden.

Ich möchte abschließend allerdings noch auf den Bereich der Refinanzierung dieses Nachtragshaushalts eingehen. Diese soll bekanntlich nicht durch eine Erhöhung der Nettokreditaufnahme erfolgen, sondern durch eine Nutzung der globalen Minderausgabe. Das ist alles andere als haushalterisch sauber. Es ist vielmehr intransparent, weil gar nicht gesagt wird, in welchen Teilbereichen, insbesondere titelscharf, Einsparungen erfolgen werden.

(Beifall von den PIRATEN)

Die Einsparungen werden nämlich an anderer Stelle vorgenommen, möglicherweise im Bereich der Daseinsvorsorge, möglicherweise aber auch im Bereich der Bildung etc. pp. Es wird also hier nichts anderes getan, als der Imagekampagne der Ministerpräsidentin für ihren Innenminister Vorschub zu leisten. Dieses wird sicherlich auch noch in den weiteren Beratungsverfahren deutlicher zutage treten.

Präsidentin Carina Gödecke: Jetzt ist die Minute um.

Dietmar Schulz (PIRATEN): Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den PIRATEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Schulz. – Für die CDU-Fraktion hat Herr Kollege Sieveke noch einmal um das Wort gebeten, das er natürlich bekommt.

Daniel Sieveke (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eben sind einige Äußerungen getätigt worden, zu denen ich noch einmal kurz Stellung nehmen möchte.

Herr Abel, wenn jemand aus dem Innenausschuss einmal nachfragt, ob er eine Zahl richtig verstanden hat, sollte das vielleicht auch für Sie Anlass sein, noch einmal darüber nachzudenken, was Sie vorher gesagt haben. Sie haben eben von 8.000 zusätzlichen Polizeibeamtinnen und -beamten gesprochen. Das ist falsch. Es sind nicht zusätzlich ...

(Martin-Sebastian Abel [GRÜNE]: Nein, habe ich nicht! – Jochen Ott [SPD]: Hat er nicht!)

– Ich habe extra noch einmal nachgefragt, und da haben Sie gesagt: „Sie müssten es besser wissen, Herr Sieveke.“ Wir haben nicht 8.000 zusätzliche Polizeibeamtinnen und -beamte. Das kann daran liegen, dass Sie das Scharping-Problem haben und brutto und netto vielleicht nicht ganz auseinanderhalten können.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Zweitens. Herr Finanzminister, Sie haben eben mitten in Ihrer Rede gesagt, die Opposition habe Ihnen durch das Gericht verbieten lassen, Rücklagen zu bilden. Das ist schon starker Tobak. Wir haben eigentlich nur darum gebeten, dass die Verfassung dieses Landes eingehalten wird. Darüber hinaus hätten Sie die Rücklagen, die Sie damals bilden wollten, bis heute nicht einmal gebraucht. So viel zum Thema „Wahrheit und Klarheit“, wozu Sie hier vielleicht auch etwas durcheinanderwerfen.

(Beifall von der CDU)

Herr Zimkeit, wir nehmen das Thema „Flüchtlinge“ im Innenausschuss auch über die Parteigrenzen hinweg sehr ernst. Sie sollten sich mit Ihren Innenpolitikern absprechen und vielleicht einmal die Zahlen aktualisieren; denn die Zahlen, die Sie eben zur Verweildauer im Asylverfahren genannt haben, sind falsch. Sie sind überholt. Deshalb darf ich Ihnen einmal sagen, zumal Sie immer die Keule nach Berlin herausholen: Da scheint der Draht zu Ihren Kollegen, die auch an der Regierung beteiligt sein sollen, gänzlich abgebrochen zu sein. Denn die werden Ihnen auch bestätigen, was der Bund in diesem Bereich getan hat. Dass das sicherlich noch mehr werden kann, ist unstrittig. Sie sollten hier jedenfalls die aktuellen Zahlen erwähnen.

Wenn Sie sagen, Herr Abel, das Maßnahmenpaket mit 47 Millionen € sei das größte, das in diesem Bereich jemals geschnürt worden sei,

(Martin-Sebastian Abel [GRÜNE]: Die CDU-Bundesländer wie Sachsen und Sachsen-Anhalt!)

und dann den Vergleich mit anderer Bundesländern ziehen, dann sollten Sie sich in diesem Zusammenhang vielleicht auch einmal anschauen, was die Bundesländer in der Vergangenheit im Bereich der inneren Sicherheit getan haben. Dann wird deutlich, dass wir in Nordrhein-Westfalen Nachholbedarf gehabt haben.

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Daniel Sieveke (CDU): Ihre permanente Wiederholung, dass CDU und FDP hier fünf Jahre lang Verantwortung hatten, sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass Sie in diesem Bundesland viel mehr Verantwortung getragen und diese Sache nicht ernst genommen haben.

(Beifall von der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit, Herr Sieveke.

Daniel Sieveke (CDU): Und das gehört dazu. – Vielen Dank, Frau Präsidentin, für den Hinweis. – Vielen Dank, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall von der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Sieveke. – Herr Kollege Zimkeit. Sie haben noch drei Minuten Redezeit.

Stefan Zimkeit (SPD): Ich denke, wir sollten uns bemühen, an dem einen oder anderen Punkt vernünftiger miteinander umzugehen. Sie haben Herrn Abel an zwei Stellen zum Beispiel nicht richtig zitiert. Schauen Sie sich vielleicht noch einmal an, was er gesagt hat.

Gemeldet habe ich mich aber wegen eines anderen Punkts, den ich nicht so stehen lassen möchte, Herr Schulz. Sie haben hier gesagt, alle aufrechten Demokraten müssten den Vorschlägen zur Videoüberwachung entgegentreten. Ich kann wohl für viele Kolleginnen und Kollegen im Haus unabhängig von der inhaltlichen Position dazu sagen: Das ist anmaßend, und das steht Ihnen nicht zu.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Diejenigen, die sich möglicherweise für die Videoüberwachung aussprechen, als Nichtdemokraten zu bezeichnen, kann ich sicherlich fraktionsübergreifend für viele Kolleginnen und Kollegen zurückweisen, und zwar in aller Deutlichkeit. Das wäre ja so, als ob ich Ihnen und Ihrer Fraktion vorwerfen würde, Sie hätten kein Interesse an der Aufklärung von Straftaten. Das tue ich ausdrücklich nicht. Deswegen bitte ich Sie darum, es zukünftig zu unterlassen, Kolleginnen und Kollegen in diesem Haus als undemokratisch zu bezeichnen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Zimkeit. – Jetzt liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Dann schließe ich an dieser Stelle die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 16/11250** an den **Haushalts- und Finanzausschuss** – federführend – und zur Mitberatung an den **Innenausschuss** und den **Unterausschuss Personal**. Möchte jemand gegen diese Überweisung stimmen? – Das ist nicht der Fall. Möchte sich jemand enthalten? – Auch nicht. Dann haben wir so überwiesen.

Ich rufe auf:

3 Wirtschaftspolitische Kehrtwende endlich einleiten – Zukunftschancen für den Produktionsstandort Nordrhein-Westfalen sichern, Wohlstand und Wachstum stärken, Ausbildungs- und Arbeitsplätze schaffen

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/11222 – Neudruck

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner hat für die antragstellende Fraktion der CDU Herr Kollege Dr. Bergmann das Wort.

Dr. Günther Bergmann (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen, meine Herren! Wie wir vorhin schon gemerkt haben, klingelten Rot-Grün letzte Woche die Ohren. Der aktuelle Bericht zur Armutsentwicklung in Deutschland offenbart mit entlarvender Härte das Regierungsversagen in Nordrhein-Westfalen – auch auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik.

(Beifall von der CDU)

Der für den Bericht verantwortliche Paritätische Wohlfahrtsverband steht sicher nicht im Verdacht übergroßer Nähe zur Union. Daher muss Sie das als regierungstragende Kräfte besonders treffen. Denn die unmittelbare Wechselwirkung von hoher Arbeitslosigkeit und Kinderarmut auch und gerade in Nordrhein-Westfalen wird dort explizit nachgewiesen.

Trotz des seit sechs Jahren immer wieder vorgetragenen Postulats der Landesregierung „Kein Kind zurücklassen!“ hat Rot-Grün selbst in diesem eigens ausgewählten zentralen Politikfeld offensichtlich nichts bewirkt. Im Gegenteil: Die Kinderarmut hat in den letzten Jahren gegen den Bundestrend zugenommen. Laut einer aktuellen Studie der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung lebte 2014 jedes vierte Kind – das sind 23,6 % gegenüber bundesweit 19 % – in einem Haushalt, der von Einkommensarmut betroffen ist; das waren 2,7 Prozentpunkte mehr als 2010.

Bei der Armutsquote liegt Nordrhein-Westfalen 2 % über dem Bundesdurchschnitt und hat in zehn Jahren um 3 Prozentpunkte auf jetzt 17,5 % zugelegt. So etwas nennt man wohl Versagen bei der angeblichen Kernkompetenz.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die Landesregierung stellt als Reaktion die nötige Bekämpfung der Arbeitslosigkeit als Armutsursache Nummer eins heraus. Nur, das Handeln passt dann nicht zu dieser Aussage. Denn sie packt den Unternehmen immer mehr Steine in den Rucksack und wundert sich nicht einmal, dass die Wirtschaft nicht so in Fahrt kommt wie in anderen Bundesländern.

Die Zeit des Schönredens ist damit also vorbei. Handeln ist endlich angesagt. Also tun Sie endlich etwas, das von der Wirtschaft und den vielen Akteuren überhaupt erst einmal als handfestes und positives Signal wahrgenommen wird.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Dabei haben viele Experten Defizite aufgezeigt und Lösungswege vorgeschlagen. Sie nehmen das leider nur immer wieder nicht an, und das, obgleich viele Wissenschaftler und Experten Alarm schlagen. Bereits 2014 diagnostizierte das Institut der deutschen